

„Es ist ein schauerlicher Zustand“

Vor 80 Jahren begannen die systematischen Deportationen deutscher Jüdinnen und Juden ins besetzte Osteuropa

Von Andrea Löw



PICTURE ALLIANCE / FOTO HUEBNER

Tränen und Trauer. Teile des Sicherheitszaunes im Konzentrationslager Theresienstadt in Tschechien.

Hunderter von Leichen bedeckten den Boden ... Überall war Blut, und auf den Öfen und Tischen stand noch das Essen. Alle Räume waren in einem vollständigen Durcheinander. Es war nicht eine lebende Seele zu finden.“ So beschreibt der im November 1941 aus Hamburg nach Minsk deportierte Heinz Rosenberg seine Ankunft im besetzten Weißrussland.

Vor genau 80 Jahren begannen nach Jahren der Ausgrenzung und Entrechtung, nach forciertem Emigration und ersten Abschiebungen, die systematischen Deportationen deutschsprachiger Jüdinnen und Juden in das besetzte Polen, Weißrussland und das Baltikum. Von Mitte Oktober bis Anfang November 1941 verschleppten die Nationalsozialisten etwa 20 000 Juden in das Ghetto in Litzmannstadt, wie die deutschen Besatzer Lodz seit dem Früh-

jahr 1940 nannten. Die lokalen Behörden protestierten gegen weitere Einweisungen in das überfüllte Ghetto. Die nächsten Transporte gingen weiter nach Osten. Zwischen dem 8. November 1941 und dem 6. Februar 1942 deportierten die deutschen Behörden in 32 Transporten jeweils ungefähr 1000 Menschen nach Riga und Minsk im sogenannten Reichskommissariat Ostland. Im November 1941 gingen außerdem fünf Transporte nach Kaunas, wo die Deportierten unmittelbar nach ihrer Ankunft ermordet wurden. Bis Kriegsende rollten die Züge aus dem Deutschen Reich in der Folge in das besetzte Osteuropa, besonders viele fuhrten in das Ghetto Theresienstadt sowie in das Konzentrations- und Vernichtungslager Auschwitz.

In Riga und Minsk schufen die deutschen Verantwortlichen auf entsetzliche Weise Platz für die Deportierten, indem

sie Teile der lokalen jüdischen Bevölkerung ermordeten. In Riga erschossen deutsche und lokale Einsatzkräfte am 30. November und am 8./9. Dezember 1941 laut deutschen Berichten 27 800 Menschen, in Minsk wurden am 7. November 1941 etwa 7000 und am 20. November 1941 noch einmal 5000 ermordet.

Mitunter zeitgleich mit den Massenerschießungen erhielten im Deutschen Reich die ersten jüdischen Deutschen die Befehle, sich für ihre Deportation an vorgegebenen Sammelstellen einzufinden. Ihr Vermögen fiel an das Reich, sie mussten eine genaue Übersicht über ihren Besitz einreichen und den Schlüssel zu ihrer Wohnung abgeben. Mit der Deportation, offiziell „Evakuierung“ genannt, wurden sie, die sich doch in vielen Fällen zuallererst als Deutsche fühlten, staatenlos. Sie durften neben Handgepäck einen bis zu 50 Kilo-

gramm schweren Koffer mitnehmen und wussten oft nur sehr vage, dass sie „nach Osten“ gebracht werden sollten. Manche berichteten über Gerüchte oder kannten den Namen des Zielorts.

Die Ankunft in Riga oder Minsk nach mehrtägiger Fahrt war ein Schock. So sehr die Jüdinnen und Juden aus ihrer Heimat bereits Ausgrenzung und Willkür kannten, dies übertraf das bisher Erlebte. Polizeikräfte trieben die verstörten Menschen unter Schlägen aus den Waggons. Gerhard Hoffmann aus Hamburg beschreibt seine Ankunft in Minsk: „Links und rechts des Zuges standen in dichter Kette SS-Posten. Der Zug hielt und wir wurden sofort mit Peitschen aus den Waggons gejagt. Die ersten Schüsse fielen, das war unser Empfang. Wir sahen die ersten Toten.“ Die erschöpften Menschen mussten jeweils einige Kilometer zu Fuß in das Lager Jungfernhof bei Riga

beziehungsweise in die jeweiligen Ghettos marschieren. Der aus Berlin nach Minsk deportierte Berthold Rudner notiert in sein Tagebuch: „Die Quartiere erwiesen sich als elende Holzhäuser, geplündert und demoliert, die sich zudem in einem unbeschreiblichen Zustand befanden, den sich ein Mitteleuropäer nicht vorzustellen vermag.“

Sie begannen, ihre jeweilige neue Bleibe, in der die Spuren der eben an der einheimischen Bevölkerung verübten Massaker noch deutlich zu sehen waren, aufzuräumen und sie sich so gut wie möglich herzurichten. Erna Valk erinnert sich an die erste Phase ihres Lebens in Riga: „Ich war sehr unglücklich, und trotzdem musste ich wie die anderen daran gehen, die kleine Stube aufzuräumen, welche für 3 Familien ausreichen musste.“

FORTSETZUNG AUF SEITE 2 >

DIREKT-NACHRICHT



ANNE WIZOREK

ist freie Beraterin für digitale Strategien und Autorin. Ihr Twitter Handle ist @marthadead.

Unersetzlich

Sucht man im Sondierungspapier der geplanten Ampel-Koalition nach dem Thema Gewaltschutz, taucht eigentlich nur ein Satz auf: „Jede und jeder in Deutschland soll sich sicher fühlen – ob auf der Straße, zu Hause oder im Netz.“ Klingt gut? Ja, aber auch ziemlich dünn. Nun ist ein Sondierungspapier natürlich kein Koalitionsvertrag. Doch es bleibt ein Beigeschmack, wenn sich darin konkrete Worte zur Ladesäuleninfrastruktur finden, aber keine zur Umsetzung der Istanbul-Konvention.

Zur Auffrischung: Die Istanbul-Konvention ist ein völkerrechtlicher Menschenrechtsvertrag, der die Vertragsstaaten zu Maßnahmen gegen geschlechtsspezifische Gewalt verpflichtet. Diese setzen sich wiederum aus Schutz, Prävention, Intervention und rechtlichen Sanktionen zusammen. In Deutschland wurde zwar schon einiges dafür getan (zum Beispiel die Sexualstrafrechtsreform „Nein heißt nein“), doch viele verpflichtende Punkte der Istanbul-Konvention sind immer noch nicht erfüllt. Allen voran die ausreichende Anzahl von Zufluchtsorten wie Frauenhäusern sowie eine Finanzierung der Fachberatungsstellen, die der Realität entspricht und nicht ständig am seidenen Faden hängt.

Letzteres bekommen derzeit besonders feministische Projekte in Berlin zu spüren: Ihre Förderung ist im Haushaltsentwurf 2022/23 nicht mehr vorgesehen. Manche müssten die Arbeit ganz einstellen, andere ihr Angebot stark einschränken. Es trifft damit die am härtesten, die keine Luft mehr nach oben haben – weil sie schon längst danach schnappen. Ausgerechnet Projekte mit den geringsten Ressourcen sind nun noch mehr dazu gezwungen, diese auf ihren eigenen Überlebenskampf zu verwenden.

Leidtragende sind die Mitarbeitenden und alle, an die sich ihre unersetzlichen Angebote richten. Alleinerziehende, geflüchtete Frauen, behinderte Frauen, alle, die gewaltvollen Beziehungen entfliehen wollen. Die (im Übrigen immer noch andauernde) Pandemie bedeutete vor allem für Frauen enorme gleichstellungspolitische Rückschritte. Die Zahl geschlechtsspezifischer Gewalt ist, wie prognostiziert, explodiert. Wie kann man auch nur daran denken, etwas wegzukürzen, das oft (über)lebensnotwendig ist?

Ob in Berlin oder auf Bundesebene: Die Umsetzung der Istanbul-Konvention muss Bestandteil aller Koalitionsverträge sein und dann auch konsequent erfolgen. Gewaltschutz ist kein *nice to have* oder gar etwas, an dem sich sparen lässt – er hat oberste Priorität.

Generalprobe für die Klimadebatte

Doch, es gibt Wege, Verbraucher angesichts steigender Energiepreise zu unterstützen, ohne den Klimaschutz auszuhebeln

Von Ralph Diermann

Wer Erdgas von den Stadtwerken Neumünster bezieht, muss ab dem 1. Dezember tief in die Tasche greifen – der Kommunalbetrieb erhöht seinen Gaspreis auf einen Schlag um fast ein Drittel. Ein durchschnittlicher Haushalt zahlt damit rund 30 Euro mehr im Monat. Andere Versorger haben ähnlich drastische Tarifsteigerungen angekündigt. Die Aufschläge dürften viele Kunden auch deshalb schmerzen, weil Benzin und Diesel heute ebenfalls so teuer sind wie seit vielen Jahren nicht mehr.

Die Preissprünge bei Gas und Spirit nehmen vorweg, worauf sich die Bürger künftig ohnehin einstellen müssen: Die CO₂-Bepreisung wird fossile Brenn- und Kraftstoffe in Zukunft spürbar verteuern. Das soll zum Energiesparen animieren und Anreize für Investitionen etwa in klimafreundlichere Heizungen oder in Elektroautos setzen. Wenn der Energieverbrauch sinken soll, ist es ökonomisch sinnvoll, ihn teurer zu machen, betont Oliver Holtemöller, Vizepräsident des Instituts für Wirtschaftsforschung Halle (IWH).

Ein Gewinn für den Klimaschutz ist die jüngste Preisexplosion bei Erdgas, Benzin und Diesel allerdings nicht. Denn Unternehmen wie Haushalte brauchen einen verlässlichen Rahmen, um investieren zu können. Den bieten die Märkte derzeit aber nicht, da die Ausschläge durch die temporäre Knappheit von Öl und Gas ausgelöst werden, nicht durch langfristig orientiertes politisches Handeln. Entspannt sich die Lage an den Rohstoffmärkten, geben auch die Verbraucherpreise wieder nach.

Nichtsdestotrotz gibt die derzeitige Debatte um die Energiepreise einen Vorschmack darauf, welche Auseinandersetzungen zu erwarten sind, wenn die Politik eine CO₂-Bepreisung beschließt, die den Klimazielen für 2030 und darüber hinaus gerecht wird – in Deutschland kurzfristig mit einer Erhöhung der Anfang 2021 eingeführten CO₂-Abgabe auf fossile Brenn- und Kraftstoffe, auf EU-Ebene mittelfristig mit der von der Kommission vorgeschlagenen Einführung eines Emissionshandelssystems für den Gebäude- und Verkehrssektor im Rahmen des „Fit for 55“-Klimapakets. Bereits heute überbieten sich Politik und Wirtschaft mit

Vorschlägen, die Energie wieder günstiger machen sollen. Es ist nicht zu erwarten, dass diese Diskussion verstummen wird, wenn die Preise für den Klimaschutz steigen sollen.

Weit mehr als in Deutschland steht auf EU-Ebene aktuell vor allem der Strompreis im Fokus. Die Beschaffungskosten vieler Versorger sind derzeit sehr hoch, da die Gaskraftwerke mit ihrem teuren Brennstoff die Preise im Großhandel vorgeben. Das schlägt sich vielerorts stark auf die Stromtarife nieder, da die Versorger anders als in der Bundesrepublik mehr Energie über kurzfristige Lieferverträge einkaufen. Deshalb fordern Frankreich, Spanien und einige andere Länder, das europäische Strommarktdesign völlig neu zu gestalten: Nicht mehr die teuerste Erzeugungstechnologien soll den Preis setzen, sondern deren Durchschnittskosten. Für die europäische Energiewende wäre das allerdings kontraproduktiv. Mit den neuen Regeln käme es deutlich seltener zu stunden- oder tageweisen starken Preisausschlägen – die aber Voraussetzung sind, um die notwendigen Investitionen in Speicher und Back-up-Kraftwerke

finanzieren zu können. Dazu kommt, dass solch radikale Markteingriffe dem Investitionsklima generell nicht gerade zuträglich sind.

Noch viel problematischer ist allerdings, dass manche Regierungen nun die Einführung des CO₂-Handelssystems für den Gebäude- und Verkehrssektor in Frage stellen. So fordern Polen, Ungarn und andere Staaten, die CO₂-Bepreisung wegen der hohen Energiekosten auf unbestimmte Zeit zu verschieben. Da die meisten Länder in diesen beiden Sektoren erhebliche Defizite bei der Emissionsminderung haben, wäre das ein erheblicher Rückschlag für den Klimaschutz in Europa. Zumal damit Mittel fehlen würden, die nach dem Willen der EU-Kommission eingesetzt werden sollten, um die europäische Energiewende sozialverträglich zu gestalten.

Muss sich die EU also entscheiden – Klimaschutz oder niedrige Energiepreise? Nein, denn es gibt einen starken Hebel, der beide Ziele miteinander verbindet: der massive Ausbau der erneuerbaren Energien. Je mehr Wind- und Solarstrom produziert wird, desto niedriger sind die

Preise an der Strombörse. Als etwa vor einigen Tagen der Sturm „Ignatz“ über Deutschland fegte und die Windräder so viel Strom lieferten wie selten zuvor, zahlten Einkäufer am Spotmarkt zumeist zwischen 30 und 100 Euro pro Megawattstunde. In den Wochen davor bewegten sich die Preise dagegen in einem Band zwischen 100 und knapp 300 Euro, kurzzeitig sogar noch höher. Niedrige Preise an der Strombörse kommen allen Verbrauchern zugute. Zudem geben sie einen Anreiz, auch in Wärme und Verkehr auf elektrische Energie zu setzen. Das dient dem Klimaschutz und schützt zugleich Haushalte und Unternehmen vor den Kapriolen auf dem Öl- und Gasmarkt.

Bis sich der Ausbau von Photovoltaik und Windkraft für alle Verbraucher spürbar in den Energiekosten niederschlägt, werden allerdings einige Jahre vergehen. Eine kurzfristige Entlastung brächte den Verbrauchern in Deutschland dagegen die Abschaffung der EEG-Umlage. Ein solcher Schritt würde die hohen Großhandelspreise sowie die steigenden Netzentgelte mehr

FORTSETZUNG AUF SEITE 2 >

"Es ist ein schauerlicher Zustand"

FORTSETZUNG VON SEITE 1 >

Die Lebensbedingungen waren furchtbar, viele erkrankten, durch den ständigen Mangel entstanden Konflikte. Noch einmal Berthold Rudner in Minsk: „Drangsulierungen setzten ein, und die Mitbewohner sanken in der Not von Stufe zu Stufe. Menschliches und tierisches Ungeziefer (Ratten und Wanzen) machten zuweilen das Leben unerträglich. Badegelegenheit gab's nicht. Sich gründlich zu reinigen, war nur beschränkt möglich.“ Seine Freundin Martha Crohn starb bereits im Januar 1942 an Typhus. Nicht nur sie – Rudner notiert am 13. Januar 1942: „Der Tod geht um! Im Lager. Die Alten und Kranken gehen ein. Es gibt auch nur noch Massengräber. Alle paar Tage werden an die 20 Toten begraben! – Es ist ein schauerlicher Zustand.“

Wer überleben wollte, musste die offiziellen Lebensmittelrationen durch Tauschhandel aufbessern und die Nahrungsmittel abends bei der Rückkehr von der Arbeitsstelle ins Ghetto schmuggeln – im Falle der Entdeckung drohte der Tod. Überlebende aus Riga berichten, dass es immer wieder passierte, dass sie abends zurückkehrten und am Galgen eben ermordete Männer hingen. Doch war der lebensgefährliche Tauschhandel alternativlos, wie Käte Frieß im Sommer 1945 schrieb: „Wir mussten tauschen, denn sonst säße ich hier heute nicht vor der Schreibmaschine. Das war Lebensbedingung.“

Die Menschen versuchten, den Bedingungen etwas entgegenzusetzen: In einem gewissen Maße entstand ein Alltags- und

ein kulturelles Leben. Für Kinder wurde Schulunterricht organisiert, Musiker und Künstler boten verschiedene Darbietungen an, in Riga gab es eine Zeit lang sogar Tanzunterricht. Einigen war ihre Religion besonders wichtig, sie begingen etwa die jüdischen Feiertage, so gut es unter den neuen Bedingungen möglich war.

In mehreren „Aktionen“ ließen die deutschen Verantwortlichen im Laufe des Jahres 1942 und spätestens 1943 die „Arbeitsunfähigen“ auch unter den Deportierten ermorden. Diese „Aktionen“ bedeuteten tiefe Zäsuren in der Wahrnehmung der deutschen Jüdinnen und Juden: Sie begannen zu verstehen, dass das entsetzliche Schicksal der lettischen beziehungsweise weißrussischen Juden kurz vor ihrer Ankunft keine Ausnahme gewesen war. Sie verstanden, dass sie nicht verschont würden, weil sie sich, wie die Täter, als Deutsche verstanden, aus derselben Kultur kamen, dieselbe Sprache sprachen.

Die Überlebenden der jeweiligen „Aktionen“ zogen täglich in Kolonnen zu ihren Arbeitsstätten, und dies bis zur Auflösung der Ghettos im Oktober 1943 in Minsk und November 1943 in Riga. Sicher waren jedoch auch die Arbeitskräfte nie. Immer wieder fanden Selektionen statt, wurden Familien auseinandergerissen, Menschen ermordet.

Für diejenigen, die die Ghetto-Auflösungen überstanden, begann häufig eine Odyssee durch verschiedene Lager. Gerhard Hoffmann, der bereits seine Eltern und seinen Bruder verloren hatte,

beschreibt diese Phase: „Nun folgte eine Zeit, die noch weit schlimmer war als unser Ghettoleben. Wir wurden von einem Lager ins andere gestoßen. Arbeitslager – KZ. KZ – Arbeitslager. Hunger, Krankheit, Seuchen, Schläge, Erschießungen, Vergasungen und andere Brutalitäten.“ Er war unter anderem in Majdanek, Budzyn und Flossenbürg, wurde auf einen der berüchtigten Todesmärsche geschickt, bevor er in Oberbayern von den Amerikanern befreit wurde. Er schreibt: „Ich war verhungert, verkommen, verlaust und bin nur noch auf allen Vieren gekrochen.“

Von den mehr als 31 000 ins Baltikum deportierten deutschen, österreichischen und tschechoslowakischen Juden überlebten knapp 1100 den Holocaust. Von rund 7000 in das Ghetto Minsk deportierten deutschen Juden haben knapp 50 überlebt. Für die meisten Deportierten gab es keinen Ausweg, und die Vorahnung, die Hilde Sherman nach einer der „Aktionen“ in Riga benannte, sollte sich als wahr erweisen: „Auch den Gutgläubigsten ging allmählich auf, dass wir Tote auf Abruf waren.“



PROF. DR. ANDREA LÖW

ist stellvertretende Leiterin des Zentrums für Holocaust-Studien am Institut für Zeitgeschichte (IfZ) in München.

Generalprobe für die Klimadebatte

FORTSETZUNG VON SEITE 1 >



als ausgleichen, sodass die Strompreise real sogar sinken würden – eine Kompensation für steigende Sprit- und Gaspreise, die zudem eine ökologische Lenkungswirkung hätte, weil sie klimafreundlichere Technologien wie Wärmepumpen oder Elektroautos attraktiver macht. Auch sozialpolitisch wäre dieser Schritt sinnvoll, weil Strom bei einkommensschwachen Haushalten einen überdurchschnittlichen Anteil an ihren Gesamtausgaben hat. SPD, Grüne und FDP haben in ihrem Sondierungspapier das Ziel ausgegeben, die EEG-Umlage im Laufe der Legislaturperiode durch ein anderes Finanzierungsmodell zu ersetzen.

Kontraproduktiv sind dagegen die Forderungen einiger Unionspolitiker sowie des Bundes der Steuerzahler, als Antwort auf die hohen Benzin- und Dieselpreise die Pendlerpauschale zu erhöhen. Das mindert den Anreiz, auf emissionsärmere Fahrzeuge und Verkehrsmittel umzusteigen – und ist nach Ansicht von Brigitte Knopf, Mitglied des von der Bundesregierung berufenen Klimarats, auch sozialpolitisch nicht sinnvoll, da Bürger mit niedrigem Einkommen davon viel weniger profitieren als Besserverdiener. Zumal ein Umstand bei der Forderung nach einer höheren Pendlerpauschale gerne außer Acht gelassen wird, auf den

das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) hinweist: Gemessen an Kaufkraft und Einkommen war Treibstoff bis in die 1970er-Jahre hinein weit aus teurer als heute.



RAPPH DIERMANN

ist Autor für Energiepolitik und schreibt regelmäßig für die Süddeutsche Zeitung, Spiegel Online, die Neue Zürcher Zeitung sowie für einige Fachmedien.

GEGRÜNDET IM NOVEMBER 1999: Ernst Dieter Lueg (*), Fernsehjournalist, Prof. Diether Huhn (*), Richter und Publizist, Detlef Prinz, Verleger, und Bruno Waltert (*), Chefredakteur der Berliner Morgenpost a. D.

IMPRESSUM Der Hauptstadtbrief am Samstag ist eine Publikation von PrinzMedien und erscheint wöchentlich online auf www.derhauptstadtbrief.de | Verleger: Detlef Prinz | Herausgeber: Ulrich Deyendorf | Chefredakteur: Lutz Lichtenberger (verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes) | Layout: Gordon Martin
Anschrift für alle: Hauptstadtbrief Berlin Verlagsgesellschaft mbH | Tempelhofer Ufer 23-24 | 10963 Berlin | Tel. 030/21 50 54 00 | info@derhauptstadtbrief.de | www.derhauptstadtbrief.de | © Der Hauptstadtbrief 2021

MENSCHENRECHTE

SIND #UNTEILBAR

Setz dich mit uns für eine offene und freie Gesellschaft ein.

amnesty.de/mitmachen

AMNESTY
INTERNATIONAL

